

PRESSEMITTEILUNG

Physiker fordern: Nein zum Bachelor als Regelabschluss für das Physik-Studium

Bad Honnef, 15. Oktober 2004 - Die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) spricht sich dagegen aus, den Bachelor als Regelabschluss im Fach Physik festzulegen und tritt damit aktuellen Bestrebungen vonseiten der Kultusminister entgegen. Gleichzeitig lehnt sie die von der Politik geforderte Zulassungsquote für die Aufnahme eines Master-Studiums entschieden ab. „Wir sind gegen eine Quote“, betont DPG-Präsident Knut Urban, „der Zugang zum Master-Studium darf nicht durch staatlich verordnete Kapazitätsbeschränkungen geregelt werden, die schon kurzfristig zu einem Minderangebot an qualifizierten Fachkräften führen werden.“

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft ist die größte physikalische Fachgesellschaft der Welt und vertritt über 47.000 Physikerinnen und Physiker. Sie unterstützt den „Bologna-Prozess“ zur Vereinheitlichung des Universitätsstudiums in Europa und die damit verbundene Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Dabei dient der „Bachelor“ als erster Abschluss, der „Master“ der Weiterqualifizierung. Dass jedoch künftige Studierende in der Regel – also mehrheitlich – die Universität bereits nach dem Erwerb des Bachelors verlassen sollen, wie es die Akkreditierungsvorgaben der Kultusminister vorsehen, „lässt sich weder durch den Inhalt der europäischen Bologna-Erklärung noch durch den Bedarf der deutschen Industrie begründen“, sagt DPG-Präsident Knut Urban. „Die von den Physikabsolventen erwarteten Qualifikationen lassen sich nur über einen Bachelor-Studiengang mit anschließendem Master-Studium erreichen.“ Nur auf diese Weise bleibe die international anerkannte hohe Ausbildungsqualität erhalten, die mit dem heutigen Abschluss Diplomphysiker verbunden ist, so Urban. „Die niedrige Arbeitslosenquote bei Diplomphysikerinnen und Physikern zeigt den hohen Bedarf an dieser Qualifikation. Es wäre in hohem Maße verantwortungslos, wenn Deutschland sein Problem mit den im europäischen Vergleich viel zu niedrigen Absolventenzahlen auf dem Wege der Minderqualifikation lösen wollte“, sagt Urban. „Deutschland würde im internationalen Wettbewerb um Forschungsergebnisse und technische Innovationen zwangsläufig weiter zurückfallen.“

„Wir gehen davon aus, dass die Studentinnen und Studenten sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für das Vollstudium über den Bachelor zum Master entscheiden werden“, meint Professor Axel Haase, Präsident der Universität Würzburg und Vorsitzender der Konferenz der Fachbereiche Physik in Deutschland. „Da unsere Forschung und unsere Industrie diese Leute brauchen, wäre Deutschland

schlecht beraten, für das Master-Studium in Physik Beschränkungen einzuführen, die einem Numerus Clausus gleichkommen.“

Bachelor-Studiengänge gelten als betreuungs- und personalintensiv – und somit als kostspielig. In dem Versuch diese Mehrausgaben zu kompensieren, könnten die Länder den Zugang zum Master-Studium extrem beschränken, fürchtet die DPG. Die Physiker warnen zudem vor einer Reduzierung der Personalkapazitäten, die den Universitäten für den Master-Studiengang zur Verfügung gestellt werden.

Die DPG erinnert die Politik an ihre Verantwortung für eine bestmögliche Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie fordert dazu auf, Ausbildungskapazitäten durch den Arbeitsmarkt bestimmen zu lassen und den Hochschulen durch geeignete Ausstattung die Chance zu gewähren, bedarfsorientiert zu reagieren.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft e.V. (DPG), deren Tradition bis in das Jahr 1845 zurückreicht, verfolgt als gemeinnütziger Verein keine wirtschaftlichen Interessen. Die DPG fördert den Erfahrungsaustausch innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft und widmet sich der Vermittlung von Physik in der Öffentlichkeit: www.dpg-physik.de
